

Antisemitismus, Besatzung und doppelte Staatsräson

von Reiner Bernstein¹

Das Gebrüll „Judenschweine, wir kriegen euch!“ und „Adolf, Adolf!“ erfüllen den Tatbestand der Volksverhetzung. Denn bei den Tiraden geht es nicht um einen entschuldbaren Zungenschlag. Nicht erst seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert werden das grundständige Ressentiment und die daraus erwachsenden Gehässigkeiten, die in einer Hinnahme der Shoah ihren Höhepunkt fanden, in manchen Kreisen offen oder verdeckt mitgetragen. Die politische Hygiene ganzer Gesellschaften steht auf dem Spiel.

Der vornehmliche Verweis auf Straftäter der zweiten und dritten Generation von Einwanderern aus mehrheitlich islamischen Ländern greift zu kurz. Wer Kritik an der israelischen Politik über Nacht als „*völlig legitim*“ ausmacht, nachdem dieselben Wortführer nicht müde geworden sind, sie in den Verdacht des schieren Antisemitismus zu rücken, macht sich der Heuchelei schuldig, wo doch schon zur selben Zeit ein Transparent „Free all Palestine“ zu den unerträglichen Ausfällen gerechnet wird, während das Ziel der israelischen Regierung dabei übersehen wird, die Souveränität bis an den Jordan auszudehnen.

Parallelwelten

Die Unterschlagung des Zusammenhangs zwischen judenfeindlichen Äußerungen und der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern hat bei den politischen Eliten hierzulande Tradition,

¹ Abgeschlossen am 28. Juli 2014. Vgl. auch die Eintragung in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage.

wenn die Praktiken der Besatzung, die Demütigungen und Razzien ohne Rechtsgrund gleichsam achselzuckend hingenommen werden.

Allen Beteuerungen zum Trotz ist in Israel der „demokratische Rechtsstaat“ unter die Räder gekommen. Mit den „Preisschildern“ („price tags“) gegen Kriegsgegner, Liberale und Linke hat der Antagonismus in die Innenpolitik Einzug gehalten. Rechtsextreme Banden brüllen landauf, landab „Tod den Arabern!“ und stellen im Blick auf den Gazastreifen die provozierende Frage „Warum nur tausend Tote?“. Ausbrüche des Hasses gehen bis auf den „jüdischen Untergrund“ der 1980er Jahre und auf die Zeit nach den Osloer Vereinbarungen zurück, als an Häuser und Brücken gesprühte Aufforderungen „*Rabin, Peres und Beilin an die Wand*“ keinen vernehmbaren Gegendruck herausforderten.

Wenn ein führender Journalist in einem Offenen Brief an Barack Obama behauptet, dass Israel „*die Kräfte des Lichts*“ und Hamas die „*der Kräfte der Finsternis*“ verkörperten, kommt der Leser aus dem Staunen nicht heraus. Denn für den Autor Nir Baram hat sich die Mehrheit „*in einem höchst komplizierten Verleugnungssystem eingerichtet*“, in dem sich das „*Gefühl der moralischen Überlegenheit (...)* zu einer *nationalen Pathologie*“ ausgewachsen habe. Die von ihm geforderte „*eine grundlegende Revolution*“ der Werte ist nicht zu erkennen. Israel bewege sich auf eine Quasi-Demokratie zu, die auf Trümmern wohnt, heißt es in einem anderen Kommentar. Nach einer Blitzumfrage haben sich 86,5 Prozent der Israelis gegen einen Waffenstillstand ausgesprochen.

Anfang 2001 trat Ariel Sharon gegen Ehud Barak mit dem Slogan „*Lasst die Waffen siegen*“ an, heute ertönt der Ruf „*Lasst das Militär siegen!*“. Statt die Abschnürung des Gazastreifens zu beenden, um die radikalen Elemente bei Hamas zu isolieren, hat der Verkehrsminister vorgeschlagen, den Kistenstreifen vollends „*von der Elektrizität, vom Wasser, vom Gas, von den Nahrungsmitteln und*

von anderen zivilen Gütern“ abzuschneiden. So schafft man unter den Palästinensern Solidarität selbst mit jenen Kräften, die politisch längst abgewirtschaftet haben, flüchtende Landsleute in ihre Häuser zurücktreiben oder sie gar als „Kollaborateure“ hinrichten.

Kurzsichtigkeit auf der Agenda

Wenn die internationale Diplomatie sträflich versagt, überlässt sie BDS-Kampagnen das Feld, die längst nicht mehr die einstige Grüne Linie beachten. Sollte es die palästinensischen Proteste auf Ost-Jerusalem übergreifen und ein Blutbad auslösen, wird die Welle aggressiver Reaktionen in der Bundesrepublik einen neuen Höhepunkt erreichen, von denen die hier lebenden Juden nicht verschont bleiben.

Das Äußerste an Kritik aus Berlin am israelischen Militäreinsatz im Gazastreifen war die Missbilligung der Unverhältnismäßigkeit der Bombardements, während Frank-Walter Steinmeier auf der öffentlichen „Suche nach einer neuen Ordnung“ im Nahen und Mittleren Osten den israelisch-palästinensischen Konflikt zum Erstaunen der Beobachter ausließ. Resignation oder Einschwenken auf die scheinbar unvermeidliche Katastrophe? Steinmeiers Formel, dass der Waffenstillstand nur dann dauerhaft sein werde,

„wenn Gaza nicht länger Waffenlager für die Hamas ist und wenn die Lebensbedingungen der Menschen im Gazastreifen nachhaltig verbessert werden. Nachhaltig wird der Waffenstillstand nur sein, wenn die Palästinensische Autonomiebehörde die Regierungsgewalt auch im Gazastreifen übernimmt und die Grenzkontrolle wieder in ihre Hände zurückgegeben wird“,

lässt die Verantwortung der Politik Jerusalems in bemerkenswerter Weise außen vor.

Die Bundesregierung scheint die Verdoppelung ihrer Staatsräson zu übersehen: wenn sich die politischen Spitzen dem Frieden versagen, dann zum einen die stärkere Ermutigung der israelischen und der palästinensischen Zivilgesellschaft zugunsten der von ihr nach wie vor befürworteten Zweistaatenregelung. Zum anderen ist hierzulande der Kampf gegen den Antisemitismus drängend. Dabei muss auf beiden Feldern die Antwort auf die anspruchslos daherkommende Frage, was Israel denn tun solle, um vom weiteren Raketenhagel verschont zu bleiben, so lauten:

It's the occupation, stupid!

Sorgt für das Ende des Okkupations- und Belagerungsregime der palästinensischen Gebiete! Erst dann werden die schlimmsten Auswüchse des sattsam bekannten antijüdischen Sumpfs zu verhindern sein!

Als meine Frau vor langer Zeit während einer internationalen Konferenz in Stuttgart einen prominenten Politiker aus Jerusalem auf die antijüdischen Stimmungen in Deutschland ansprach, erhielt sie die lapidare Antwort, nach Israel zurückzukehren. Der Antisemitismus scheint manchen in Jerusalem willkommen zu sein, um den Staat durch die Rückwanderung oder Neueinwanderung auf seinem politischen Kurs den Rücken zu stärken.
